



**Renate Geuter**  
**Mitglied im**  
**Niedersächsischen Landtag**

**Informationen über meine politische Arbeit im Landtag und im Wahlkreis**

**Ausgabe 5 - Oktober 2013**

## **Inhalt:**

Rede von Renate Geuter zum Thema: Nachhaltige Haushaltskonsolidierung nur mit gerechter Steuerpolitik . . . . .	2
Rede von Renate Geuter im Rahmen der Ersten Lesung des Haushaltes 2014 und des Haushaltsbegleitgesetzes 2014 vom 25. September 2013 . . . . .	3
Bildung im Fokus der Haushaltsplanung . . . . .	4
Probleme bei der Unterrichtsversorgung der Ganztagsgrundschule Strücklingen werden gelöst . . . . .	5
Entscheidung nicht leicht gemacht: Besoldungsangleichung der Beamten muss verschoben werden . . . . .	6
Eindeutig: Landesregierung plant keine Schließung des Amtsgerichts Wildeshausen . . . . .	7
Schnelle Hilfe für Werkvertragsarbeitnehmer . . . . .	7
Weniger neue, dafür Aufrüstung bestehender Biogasanlagen? . . . . .	8
Heute schon gelacht? . . . . .	8
Meine Tätigkeiten im Landtag . . . . .	8
Öffentliche Wegerandstreifen als Ausgleichsfläche? . . . . .	9
Impressum . . . . .	9

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

*heute erreicht euch/Sie ein Newsletter,  
der sich schwerpunktmäßig mit dem  
Haushalt für das Jahr 2014 beschäftigt,  
der in der letzten Septemberwoche in  
den Niedersächsischen Landtag zur  
ersten Beratung eingebracht wurde.*



*Wie ich schon im Vorfeld mitgeteilt hatte, war die Erarbeitung des  
Haushaltes 2014 eine große Herausforderung, insbesondere vor  
dem Hintergrund, dass wir unsere engagierten Vorhaben in diesem  
Haushalt hinterlegen mussten.*

*Trotz vieler Kompromisse, die der schwierigen finanziellen Haus-  
haltssituation, die die alte Landesregierung der rot-grünen Koaliti-  
on hinterlassen hat, geschuldet ist, sehe ich den eingebrachten  
Haushalt einerseits als solide an und andererseits als eine erste, aber  
deutliche Umsetzung unserer im Koalitionsvertrag festgehaltenen  
Ziele. Von daher lässt sich mit Fug und Recht sagen: Der erste  
Haushalt der neuen rot-grünen Landesregierung gießt den mit der  
Landtagswahl 2013 begonnenen Politikwechsel in greifbare Zahlen.*

*Ich wünsche euch/Ihnen viel Spaß beim informativen Lesen und  
freue mich, wenn ihr/Sie mich in meiner Arbeit für diesen Wahl-  
kreis und als stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie haus-  
haltspolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion unterstützt  
und mich insbesondere auf Themen aufmerksam macht, die nicht  
unbedingt in den Schlagzeilen zu finden sind, die aber ihre Berech-  
tigung haben.*

*Weitere Informationen über meine politische Arbeit findet  
ihr/finden Sie auch auf meiner Internetseite [www.renate-geuter.de](http://www.renate-geuter.de)*

*Herzliche Grüße  
Eure/Ihre*

**Renate Geuter**

## Rede von Renate Geuter am 28. August 2013 zum Thema: Nachhaltige Haushaltskonsolidierung nur mit gerechter Steuerpolitik

...

In den zehn Jahren schwarz-gelber Regierung ist die Verschuldung um nahezu 50 % auf etwa 60 Milliarden Euro gestiegen. Das strukturelle Defizit im laufenden Haushalt - der Finanzminister hat es Ihnen mehrfach vorgerechnet; ich weiß, Sie hören das nicht gerne;

*(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Weil es falsch ist! - Gegenruf von Detlef Tanke [SPD]: Fakten, Herr Kollege!)*

aber es muss gesagt werden, weil es wahr ist -

*(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)*

beträgt mehr als 1 Milliarde Euro. Und gerade Niedersachsen verzeichnet einen erheblichen Sanierungsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur.

Dann kommt von Ihnen natürlich immer das Argument: Die Steuereinnahmen sind zurzeit so hoch wie nie. - Das ist richtig, aber das war auch in 52 von 61 Haushaltsjahren seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland der Fall.

...

Wir bekennen uns - das habe ich schon mal gesagt - ausdrücklich zu dem Ziel, von den Schulden herunterzukommen und gleichzeitig eine angemessene Finanzausstattung unseres Landes und seiner Kommunen zu erreichen. Dies lässt sich aber nicht allein durch Einsparungen an anderer Stelle erreichen; denn die Parameter auf der Ausgabenseite haben wir ja nur bedingt in der Hand.

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir maßvolle Steuererhöhungen für Spitzenverdiener und Vermögende brauchen, um langfristig zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

*(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)*

5 % der Einkommensbezieher sind von unseren Plänen zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes  
*(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Nicht betroffen!*

betroffen. Dass Sie hier davon reden, dass die Mittelschicht betroffen ist, zeigt, dass Sie von der Realität ganz wenig Ahnung haben.



*(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Dr. Stephan Siemer [CDU])*

...

Spannend wird es beim Thema der Erbschaftsteuer. Sie wollen daran gar nichts verändern. Das heißt, Sie wollen nicht einmal das umsetzen, was uns der Bundesfinanzhof aufgegeben hat. Er hat dringend angemahnt, in diesem Bereich die Steuergerechtigkeit wiederherzustellen. Der Bundesfinanzhof moniert bei der Erbschaftsteuer einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz, weil die in den §§ 13 a und b des Erbschaftsteuergesetzes vorgesehenen Steuervergünstigungen in Teilbereichen wesentlich über das verfassungsrechtlich gerechtfertigte Maß hinausgehen. Ich denke, dass Sie hier keine Änderung anstreben, zeigt deutlich, worum es Ihnen geht. Steuergerechtigkeit kann es jedenfalls nicht sein.

*(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)*

Die ganze Rede im Wortlaut findet ihr / finden Sie hier: [http://www.renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/reden/rede\\_28\\_08\\_2013.pdf](http://www.renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/reden/rede_28_08_2013.pdf)

Den Antrag von SPD und Grünen findet ihr / finden Sie hier: [http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/imperia/md/content/ltf/unserearbeit/rede\\_n/drucksachen17wp/17-0459.pdf](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/imperia/md/content/ltf/unserearbeit/rede_n/drucksachen17wp/17-0459.pdf)

## Rede von Renate Geuter am 25. September 2013 im Rahmen der Ersten Lesung des Haushaltes 2014 und des Haushaltsbegleitgesetzes 2014

Die Niedersächsische Landesregierung hat bei ihrer aktuellen Finanz- und Aufgabenplanung große Herausforderungen zu bewältigen. Wir haben im Haushalt 2013 ein strukturelles Defizit von 1,3 Milliarden Euro vorgefunden. Da Herr Hilbers das offensichtlich bis heute nicht nachvollziehen kann, bin ich der festen Überzeugung, dass der Herr Finanzminister ihm die Zusammensetzung dieses Betrages gern noch einmal vorrechnen wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Hinblick auf die Einhaltung der Schuldenbremse ist es aus unserer Sicht dringend geboten, dieses strukturelle Defizit schrittweise und nachhaltig zu senken, und zwar ohne Einmaleffekte und Veräußerungserlöse. Der Kurs der schwarz-gelben Landesregierung bestand in den letzten Jahren ja darin, die Kreditemächtigungen, die man sich für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 über das notwendige Maß hinaus genehmigt hatte, in Form der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage schrittweise zur Deckung einzusetzen. Dazu gab es in erheblichem Umfang Vermögensveräußerungen. Diese Einmaleffekte haben zwar den Haushaltsausgleich ermöglicht, aber die strukturelle Deckungslücke nicht verringert, da sie eben nicht dauerhaft zur Verfügung stehen. Die rot-grüne Landesregierung hat diese nicht nachhaltig wirkenden Maßnahmen deutlich verringert und wird ab dem nächsten Jahr ganz darauf verzichten.

... Neben dem Verzicht auf die von mir beschriebenen Einmaleffekte weist unsere mittelfristige Finanzplanung für den gesamten Planungszeitraum keine Handlungsbedarfe, d. h. keine Deckungslücken mehr auf.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Dafür aber 2 Milliarden neue Schulden!)

Sie ist also realitätsnäher und belastbarer als die unserer Vorgängerregierung. Insofern ist es auch folgerichtig, die Regelungen der Landeshaushaltsordnung entsprechend anzupassen.

... Wie der Finanzminister weise auch ich noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass weder im aktuellen Haushaltsplanentwurf noch in der mittelfris-



Foto: GG-Berlin / pixelio.de

tigen Finanzplanung dieser Landesregierung ein Ansatz enthalten ist, der nicht gedeckt ist.

... Meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, Sie behaupten weiterhin, die vollständige Einhaltung der Schuldenbremse sei schon im Jahr 2017 möglich. Sie kritisieren aber jeglichen Einsparvorschlag in unserem Haushaltsplanentwurf und fordern darüber hinaus zusätzliche Ausgaben in vielen Bereichen der Landespolitik. Die FDP hält sogar noch Steuersenkungen für möglich. Das geht nur, wenn gleichzeitig die Grundregeln der Mathematik außer Kraft gesetzt werden.

Ich stelle fest: Wünsch-dir-was-Rhetorik in höchster Vollendung wird von Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, betrieben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Unser Haushaltsplanentwurf und die zugrunde liegende Mipla sind dagegen realistisch, belastbar, nachhaltig und zukunftsfähig. Das werden wir Ihnen in den Diskussionen der kommenden Wochen sehr selbstbewusst beweisen.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Rede in Gänze findet ihr / finden Sie hier:

[http://renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/reden/rede\\_hh\\_2014\\_25\\_09\\_2013.pdf](http://renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/reden/rede_hh_2014_25_09_2013.pdf)



# Bildung im Fokus der Haushaltsplanung

## Mittel für Ganztagschulen verdreifacht / 80 Mio. € zusätzlich für frühkindliche Bildung

„Bildung ist seit jeher der politische Schwerpunkt der SPD. Mit der Verdreifachung der Mittel für Ganztagschulen setzt die Landesregierung einen klaren Schwerpunkt in der Bildungs- und Familienpolitik. Diese Leistung kann nur durch Umschichtungen auch im Bildungsetat gelingen. Dieser Schritt ist mutig, richtig und verantwortbar. Damit beginnen wir, die Versäumnisse der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung abzuräumen. Der Politikwechsel in Niedersachsen ist spürbar“, so die einhellige Meinung der SPD Landtagsfraktion. Die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Renate Geuter, erklärt zum Entwurf der Landesregierung: „Nach jahrelanger schwarz-gelber Misswirtschaft, in der ein Haushaltsausgleich nur durch Einmal-effekte erzielt wurde, sorgt Rot-Grün wieder für eine seriöse und solide wie vor allem auch zukunfts-fähige Finanzplanung“.

Hier nun die bildungspolitischen Eckdaten der „**Zukunftsoffensive Bildung**“ aus der Mittelfristigen Finanzplanung (MiPla) im Rahmen des Haushaltsentwurf 2014:

**Frühkindliche Bildung:** 38,5 Mio. € sind für 5.000 zusätzliche Krippenplätze eingeplant, für die anfallenden Betriebskosten 40,7 Mio. €, insgesamt 79,2 Mio. €.



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

**Ganztagschulen:** Die Ausstattung der 1.200 Ganztagschulen wird auf das Dreifache erhöht (23 Mio. € für 2014/62 Mio. € für 2015/78 Mio. € für 2016 und 96,2 Mio. € für 2017). Damit werden bis zum Jahr 2017 insgesamt 259,2 Mio. € mehr investiert als von der alten Landesregierung geplant.

### Qualitätsverbesserungen im Bildungsbereich:

- 130 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für die Umsetzung der inklusiven Schule, das entspricht einer Erhöhung um insgesamt rund 20 Mio. €

- Unterstützungsangebote für Schulen werden ausgebaut und verstärkt: 56 zusätzliche Stellen bei der Schulinspektion, 28 zusätzliche Stellen bei der Schulentwicklungsplanung, 15 Stellen für Schul- und acht für Arbeitspsychologen sowie vier Stellen für erforderliche Assistenzkräfte werden geschaffen. Dafür veranschlagte Mittel: 18,1 Mio. €.
- Fort- und Weiterbildungen zur Sicherung und Verbesserung der Qualität an den Schulen, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Inklusion und Weiterentwicklung der Kerncurricula. Hierfür sind 14,5 Mio. € eingeplant.
- Der betriebliche Teil der dualen Berufsausbildung in den Ausbildungswerkstätten der Handwerkskammern wird auch in Zukunft, nach Ausfall der EU-Mittel ab 2014, vom Land Niedersachsen gefördert. 11,3 Mio. € stehen hierfür in der MiPla.
- Einführung des islamischen Religionsunterrichtes als ordentliches Unterrichtsfach: 7 Mio. € für die Beschäftigung von ca. 20 entsprechend ausgebildeten zusätzlichen Lehrkräften.
- Die Arbeit der Koordinierungsstelle Berufsorientierung wird mit 4 Mio. € abgesichert.

*Fortsetzung Seite 5*

## Bildung im Fokus der Haushaltsplanung Fortsetzung von Seite 4

- Stärkung der Bildungsregionen mit zusätzlich 1,9 Mio. €
- 1,5 Mio. € zusätzlich für Maßnahmen des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsförderung.
- Politische Bildung wird verstetigt und insbesondere die Aufklärungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus gefördert. 300.000 € werden für die Fortsetzung des Projektes „Demokratiebewusstsein an Schulen stärken – Rechtsextremismus entgegen treten“ eingesetzt.
- Die Mittel für die Gedenkstättenarbeit werden um 4 Mio. € aufgestockt für den Ausbau regionaler Gedenkstätten und insbesondere für die Neugestaltung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel.

Alle im Planungszeitraum aufgrund zurückgehender Schülerzahlen frei werdenden Lehrerstellen bleiben im Bildungssystem erhalten. Damit können die wichtigen bildungspolitischen Vorhaben umgesetzt werden.

Für gymnasiale Lehrkräfte und Lehrkräfte an der Seefahrtsschule wird die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung ab dem 01.08.2014 von 23,5 auf 24,5 Stunden erhöht. Durch diese Maßnahmen werden Umschichtungen im Umfang von rund 1.750 Stellen ermöglicht. Trotz dieser Erhöhung ist die Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer mit 24,5 Stunden in Niedersachsen noch am unteren Ende im Vergleich zu allen anderen Bundesländern, in Bayern beträgt diese beispielsweise 26 Stunden.

**Der gesamte Kultus-Etat erhöht sich in den Jahren 2014-2017 um mehr als 1 Milliarde Euro. Das ist die „Zukunftsoffensive Bildung“!**

## Probleme bei der Unterrichtsversorgung der Ganztagsgrundschule Strücklingen werden gelöst



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

„Es war sehr gut und wichtig, dass wir Abgeordnete von Vertretern vor Ort über die Probleme bei der Unterrichtsversorgung der als Ganztagsgrundschule geführten Marienschule in Strücklingen hingewiesen wurden“, erklärte die Renate Geuter. So konnte in mehreren Gesprächen mit dem Nds. Kultusministerium eine zeitnahe Lösung erreicht werden.

Tatsächlich sei die Situation, wie sie sich am Schuljahresbeginn dargestellt habe, unbefriedigend gewe-

sen. Mittlerweile habe allerdings eine Pädagogin mit 26,0 Wochenstunden ihren Dienst an der GS Strücklingen auf dem Wege der Abordnung angetreten. Eine weitere Abordnung werde nach Aussage der Schulbehörde in Kürze greifen, so dass danach die Unterrichtsversorgung mehr als gesichert sein wird.

„Ich bin froh, dass damit an der Grundschule in Strücklingen ein angemessener Unterricht durch tatsächlich vorhandene Zuweisungen von Lehrer/innen sichergestellt werden kann“, erklärt die Landtagsabgeordnete Geuter.



<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de>

## Entscheidung nicht leicht gemacht: Besoldungsangleichung der Beamten muss verschoben werden

Die Landesregierung und die beiden Regierungsfractionen haben sich die Entscheidung, die Besoldungsangleichung der Beamten in 2014 um einige Monate zu verschieben, nicht leicht gemacht. Wir hätten auch gerne eine andere Entscheidung getroffen, gerade, weil Niedersächsische Beamte und Versorgungsempfänger sich bei ihrer Vergütung im Vergleich zu anderen Bundesländern eher im unteren Bereich befinden. Allerdings stehen wir vor der Tatsache, dass wir als Land nur bedingten Einfluss auf unsere Einnahmeseite haben, denn die meisten steuerpolitischen Entscheidungen werden auf Bundesebene getroffen.



Foto: SCHAU.MEDIA / pixelio.de

Leider hilft es auch nicht, wenn wir im Laufe des Jahres eine höhere Steuereinnahme haben als im Haushaltsplan vorgesehen, es zählt letztendlich nur das Ergebnis am Jahresende. Und wenn Niedersachsen am Ende des Jahres etwas besser da stehen sollte als andere Bundesländer (im Moment kann das noch niemand sagen, ob dies so kommt), dann werden Mehregebnisse in Niedersachsen über den Länderfinanzausgleich verrechnet. Alle Bundesländer haben die Vorgabe, ihre Ausgabesituation an die jeweils aktuelle Steuerschätzung anzupassen. Die aktuelle Steuerschätzung vom Mai 2013 ist deutlich ungünstiger als die vom November 2011 (bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2012/2013) daher spricht viel dafür, dass es sich bei dem Zwischenergebnis zur Jahresmitte tatsächlich um eine Momentaufnahme handelt.

### **Alte Landesregierung plante nur 2 % Gehaltssteigerung**

Wir hatten leider auch bei Regierungsübernahme die Ausgangslage, dass die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung sowohl für 2013 als auch für die Folgejahre nur eine Gehaltserhöhung über alle Gruppen von 2 % eingeplant hatte. Daher hat es schon große Kraftanstrengung gekostet, mit dem Gesetz zur Besoldungsanpassung für 2013 die erste Stufe des Tarifabschlusses in Höhe von 2,65 % zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und die Versorgungsempfänger zu übertragen. Auch dafür mussten wir noch 70 Millionen Euro aus dem laufenden Haushalt nachfinanzieren.

Um die zweite Stufe des Tarifabschlusses zeit- und inhaltsgleich auch in 2014 auf Beamte und Versorgungsempfänger zu übertragen, fehlen uns insgesamt 170 Millionen Euro in der von der alten

Landesregierung übernommenen mittelfristigen Planung. Wir haben großen Wert darauf gelegt, dass die Übertragung in voller Höhe und für alle Besoldungsstufen gleichermaßen erfolgt, um das aber für das gesamte Jahr finanzieren zu können, fehlen uns 100 Millionen Euro. Diesen Betrag können wir auch nicht durch eine zusätzliche Kreditaufnahme aufbringen, denn dort sind uns verfassungsmäßige Grenzen gesetzt. Eine zusätzliche Kreditaufnahme in der Größenordnung würde den Haushalt verfassungswidrig machen und damit sicher von der Opposition beim Staatsgerichtshof beklagt werden. Wir haben über das Grundgesetz ja auch die Vorgabe, ab 2020 ganz ohne Kreditaufnahme auszukommen, daher müssen wir jedes Jahr gegenüber dem Stabilitätsrat nachweisen, dass wir dieses Ziel auch erreichen können.

### **Neue Bundesregierung muss Länder besser ausstatten**

Bei der Übertragung des aktuellen Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst auf Beamte und Versorgungsempfänger hat Niedersachsen aktuell deutlich mehr getan als andere Bundesländer. Ich weiß, das ist persönlich kein Trost für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten, zeigt aber, dass wir uns sehr angestrengt haben, um den Rückstand niedersächsischer Beamter und Versorgungsempfänger bei ihrer Vergütung nicht noch größer werden zu lassen. Wir werden das auch in den nächsten Jahren nicht aus den Augen verlieren, allerdings brauchen wir dafür eine Bundesregierung, die bei der Gestaltung der Steuergesetze auch daran denkt, dass die Bundesländer und die Kommunen ausreichend Mittel benötigen, um alle ihre Beschäftigten anständig zu bezahlen.



## Eindeutig: Landesregierung plant keine Schließung des Amtsgerichts Wildeshausen

„Eindeutiger geht es wohl kaum“, so kommentiert Renate Geuter die klare Aussage der Landesregierung, dass das Amtsgericht Wildeshausen erhalten bleibt. Auf eine Anfrage der FDP, ob das Amtsgericht Wildeshausen von Schließung bedroht sei, antwortete die Landesregierung sehr deutlich: „Die Landesregierung plant nicht, das Amtsgericht Wildeshausen zu schließen“. Hintergrund war, dass der Landesrechnungshof eine Schließung von „kleinen“ Amtsgerichten aus Kostengründen empfohlen hatte. Als „klein“ bezeichnete man Amtsgerichte mit weniger als 30 Beschäftigten. Auch das Amtsgericht Wildeshausen hat weniger als 30 Beschäftigte.

„Es ist ein besonderes Anliegen der Landesregierung, dass die Bürgerinnen und Bürger überall im Land einen effektiven Zugang zur Justiz in erreichbarer Nähe haben. Die Landesregierung bekennt sich deshalb zu dem ausdrücklich in die Koalitionsvereinbarung aufgenommenen Ziel einer dauerhaften Verankerung der Justiz in der Fläche“, zitiert Renate Geuter aus der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage. Geuter betont, dass für sie insbesondere das Wort „dauerhaft“ wichtig ist. „Dauerhaft heißt, dass das Amtsgericht Wildeshausen eine sichere Zukunft hat“, so Geuter.



Foto: Thorben Wengert / pixelio.de

## Schnelle Hilfe für Werkvertragsarbeitnehmer

Die Regierungsfractionen von SPD und Grüne wollen mit einem Antrag, der in erster Lesung in der Plenarsitzung am 29. August beraten und im Anschluss an den zuständigen Ausschuss verwiesen wurde, die prekäre Situation von Werkvertragsarbeitnehmern aus dem Ausland in niedersächsischen Betrieben schnell verbessern.

„Es geht nicht nur um Standards beim Wohnen, sondern auch um gerechten Lohn und um ungesetzliche Methoden wie die Verrechnung von Kindergeld mit dem Stundenlohn, der den Arbeitern zusteht. Und es geht auch darum, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit und die Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung solcher Wirtschaftskriminalität und der Auswüchse, die wir in manchen Branchen erleben,

zu verstärken, um Missbrauch und Straftaten schneller aufzudecken und zu ahnden“, erläuterte die Fraktionsvorsitzende Johanne Modder den Antrag.

Den Antrag im Wortlaut findet ihr / finden sie hier <http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/imperia/md/content/ltf/unserearbeit/reden/drucksachen17wp/17-0484.pdf>

Die Rede von Johanne Modder im Rahmen einer aktuellen Stunde zum Thema findet ihr / finden Sie hier <http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/unsere-arbeit/reden-und-antraege/reden/363738.php>

## Weniger neue, dafür Aufrüstung bestehender Biogasanlagen?

Weniger neue, dafür Aufrüstung bestehender Biogasanlagen und welche Erweiterungsmaßnahmen durch die Privilegierung gedeckt sind – das war die Intention einer Anfrage von Renate Geuter für die Plenarsitzung im September. Hintergrund ist, dass für das Jahr 2012 ein massiver Rückgang beim Zubau von neuen Biogasanlagen zu verzeichnen war. Für das laufende Jahr wird zwar ein Ausbau der Biogasleistung prognostiziert, allerdings wird davon ausgegangen, dass erstmals der überwiegende Teil des Leistungszuwachses durch Repowering und Erweiterungsmaßnahmen und nicht durch den Bau von neuen Anlagen erfolgen wird. Das führt in der Praxis zu Rechtsunsicherheiten im Hinblick darauf, ob die geplante Veränderung der Biogasanlage einen Einfluss auf die Privilegierung nach dem Baugesetzbuch haben kann. Leistungssteigerungen einer Anlage können dazu führen, dass die Biogasanlage nicht mehr als eine landwirtschaftlich privilegierte, sondern als eine gewerbliche Anlage einzustufen ist, die zur Genehmigung einer Änderung des



Foto: Wilhelmine Wulff / pixelio.de

Flächennutzungsplanes und der Aufstellung eines Bebauungsplanes bedarf.

Den genauen Wortlaut der Anfrage und die Antwort der Landesregierung findet ihr/finden Sie hier: <http://renate-geuter.de/aus-dem-landtag/anfragen-2013>

## Heute schon gelacht?

Angela Merkel steht vor Petrus. „Himmel oder Hölle?“ fragt dieser. „Nun“, meint Angela Merkel, „um dies entscheiden zu können müsste ich schon vorher beide Optionen prüfen.“ „Klar, kein Problem“ entgegnet Petrus.

Dieser führt sie zunächst in den Himmel. Dort herrscht ruhige Gelassenheit. In der Hölle hingegen eröffnet sich eine fröhliche und laute Partygesellschaft. Nach der Besichtigung entscheidet sich Angela Merkel sofort für die Hölle. „Wieder kein Problem“ entgegnet Petrus, „allerdings brauche ich ein wenig Zeit, um die Papiere fertig zu machen“.

Nachdem dies geschehen ist, passiert Angela die Tür zur Hölle findet sich im schrecklichsten Szenario, das sie sich vorstellen kann, wieder. Mit vor Entsetzen geweiteten Augen wendet Sie sich von dem Horrorbild ab und fragt Petrus, wo die Party denn geblieben sei, die sie vor einiger Zeit hier unten besichtigt hätte. „Ja das, das war vor der Wahl!“ sagt Petrus.

## Meine Tätigkeiten im Landtag

- Mitglied im Ältestenrat
- Mitglied im Ausschuss Haushalt und Finanzen
- Mitglied im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
- Mitglied im Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl und Zustimmung nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung
- Stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion
- Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion



## Öffentliche Wegerandstreifen als Ausgleichsfläche?



Foto: pixelio.de

An vielen Orten in Niedersachsen ist festzustellen, dass in den letzten Jahren die im öffentlichen Eigentum befindlichen Wegerandstreifen ganz oder teilweise umgepflügt worden sind und landwirtschaftlich genutzt werden. Dies hat auch die Gemeinde Sögel im letzten Jahr feststellen müssen, als sie alle in öffentlichem Eigentum befindlichen Flurstücke von Wegen und Gräben kartenartig erfasst hat. In nicht unerheblichem Umfang waren Ackerandstreifen umgepflügt und als zusätzliche Ackerfläche in Anspruch genommen worden. Allerdings haben in der Vergangenheit viele Städte und Gemeinden diesen Zustand auch stillschweigend geduldet, weil sie damit der Verpflichtung enthoben waren, selbst einen ordnungsgemäßen Zustand der Wegerandstreifen herzustellen. Inzwischen gibt es

an mehreren Stellen in Niedersachsen Projekte, derartige Wegerandstreifen mit mehrjährigen Blühstreifen zu versehen oder mit standortgerechten Sträuchern aufzupflanzen. Es stellt sich auch immer wieder die Frage, unter welchen Voraussetzungen derartige Wegerandstreifen als Ausgleichs- bzw. Kompensationsflächen dienen können.

Vor diesem Hintergrund fragte Renate Geuter die Landesregierung:

- Welche Verpflichtung ergibt sich für die öffentlichen Eigentümer im Hinblick auf die Pflege und Erhaltung von Wegerandstreifen, und ist es rechtlich vertretbar, diese auch ganz oder teilweise für eine landwirtschaftliche Nutzung zuzulassen?
- Welche Vorgaben müssen bei dem Anlegen von Blühstreifen bzw. bei der Bepflanzung mit Sträuchern auf Wegerandstreifen eingehalten werden?
- Unter welchen Voraussetzungen können Wegerandstreifen auch für Ausgleichs- bzw. Kompensationszwecke eingesetzt werden?

Die Antwort der Landesregierung findet ihr/finden Sie hier:

<http://renate-geuter.de/aus-dem-landtag/anfragen-2013/>

## Impressum

ViSdP:

**Renate Geuter, MdL**

Moorstr. 7

26169 Friesoythe

Telefon: 04491 4664

E-Mail: [renategeuter@gmx.de](mailto:renategeuter@gmx.de)

Homepage: [www.renate-geuter.de](http://www.renate-geuter.de)



**SPD-Landtagsfraktion  
Niedersachsen**

<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de>